

### Der Staat muss als Vorbild vorangehen

Die FBP-Fraktion ist überzeugt: Der Staat muss bezüglich Energiegewinnung und -verbrauch Vorreiter sein. Dazu reichte sie ein Postulat ein.

**Klimawandel** Mit dem Vorstoss soll die Regierung eingeladen werden, die staatlichen Gebäude energetisch auf Vordermann zu bringen. Es sollen die Massnahmen sowie der zeitliche Horizont in Erfahrung gebracht werden. Die Grundlagen hierzu konnten in einer FBP-Arbeitsgruppe erarbeitet werden.



Photovoltaikanlagen findet man nicht nur auf Dächern, diese können auch an der Gebäudehülle eingesetzt werden. (Foto: Shutterstock)



**INTERVIEW MIT DER STELLVERTRETENDEN ABGEORDNETEN NADINE VOGELSANG**

**Nadine Vogelsang, sind es nicht vor allem die Parteien im linken Spektrum, die sich für gewöhnlich solcher Themen annehmen?**  
Der Klimawandel und die Energieeffizienz sind zwei der grössten Herausforderungen der Zukunft und längst keine Frage mehr von links, rechts oder der Klimajugend. Die

Energiegewinnung, darüber ist man sich in Grundsätzen einig, muss künftig erneuerbar erfolgen. Dies führt zu Energieversorgungsengpässen, welche durch den zukünftig steigenden Energiebedarf noch grösser werden. Der Staat muss dementsprechend vorausschauend seine Verantwortung wahrnehmen und als «Vorzeigebetrieb» agieren. Dies forderte die FBP bereits in ihrem Wahlprogramm 2021 und tut dies nun konkret anhand eines Postulates.

**Warum fokussiert sich die FBP-Fraktion auf die staatlichen Gebäude?**

Hochbauten gehören zu den grössten Energieverbrauchern, deshalb muss deren Energiehaushalt in Zukunft noch stärker in den Fokus rücken, und zwar nicht nur in der Privatwirtschaft, sondern eben auch vorrangig bei staatlichen Gebäuden. Der Staat besitzt laut Hochbautenbericht 2022 aktuell 65 Hochbauten, 4 Bauten befinden sich in der Planungs- bzw. Realisierungsphase. Die staatlichen

Gebäude bieten deshalb Potenzial zur Energiereduktion, aber auch Gewinnung und allenfalls Speicherung von erneuerbarer Energie.

**Und was ist euch bei neuen staatlichen Gebäuden wichtig?**

Die Nachhaltigkeit soll bei der Vergabe von Neubauprojekten neben der Wirtschaftlichkeit und Ästhetik einen viel höheren Stellenwert erhalten. Der Staat soll keinen Neubau oder Umbau mehr realisieren, bei dem nicht alle sinnvollen Möglichkeiten der erneuerbaren Energiegewinnung und Speicherung ausgeschöpft wurden. Neben den Dächern könnten dabei vermehrt auch Fassaden öffentlicher Hochbauten für die Stromerzeugung genutzt werden.

Überspitzt gesagt, soll in Zukunft nicht das schönste oder günstigste Projekt den Wettbewerb gewinnen, sondern das klimafreundlichste bzw. nachhaltigste Projekt.

**Was genau möchtet ihr mit dem Postulat erreichen?**

Die Regierung erstellt ambitionierte Strategien und schafft Anreize sowie Regeln für die Privatwirtschaft und Gesellschaft. Wie sieht es aber bei staatlichen Bauten mit der Umsetzung betreffend Nachhaltigkeit aus? Das möchten wir gerne in Erfahrung bringen und die Regierung dazu anregen, Nachhaltigkeit vorzuleben, anstatt vorzuschreiben.

Im Hochbautenbericht 2022 des Ministeriums für Infrastruktur, welcher nächste Woche im Landtag traktandiert ist, wird das Thema Nachhaltigkeit zwar erwähnt, aber ohne dabei konkrete Massnahmen oder Ziele zu nennen. Es ist bis anhin kein Zeithorizont bekannt, bis wann diese staatlichen Gebäude klimaneutral und somit vollständig mit erneuerbaren Energieträgern (Wärme und Strom) versorgt werden. Diesbezüglich fordern wir klare Ziele, mehr Transparenz und dass der Staat seine Vorbildfunktion wahrnimmt.

**Welche Ziele sind das konkret?**

Es soll eine Reduktion des Energieverbrauches bei bestehenden Bauten erreicht werden. Ebenfalls wären bei den staatlichen Neubauten visionäre Vorzeigeprojekte zur Gewinnung und Speicherung nachhaltiger Energien erstrebenswert. Anhand von selbst angewandten «Best Practice Beispielen» soll der Staat aufzeigen, wie Gebäude ausgestaltet werden können, um in puncto Energieeffizienz zukunftstauglich zu werden.

In «Unserer Agenda für Liechtenstein» sind Klima und Energie zentrale strategische Themen. Dies wird also nicht unser letzter Vorstoss in diesem Bereich sein. Das Potenzial ist noch gross und unsere Ideen vielfältig.

### Agenda

#### Verantwortung

Vor einem Monat stellten wir «Unsere Agenda für Liechtenstein» vor, welche Präsidium und Fraktion gemeinsam erarbeiteten. Vier kurzfristige Themen werden in den nächsten Monaten bearbeitet und immer wieder mit aktuellen Themen ergänzt. Dies werden Themen sein, die eine Umsetzung oder einen speziellen Fokus verlangen. Natürlich möchte die FBP aber auch in Themen mit längerfristigem Charakter Akzente setzen. Aktuell ist weltweit wohl der Klimawandel das zentrale Thema. Fraktion und Präsidium werden diesbezüglich für unser Land wichtige Schritte initiieren. Mit dem Fokus auf «Klima & Energie» reichte die Fraktion nun ein Postulat hinsichtlich der staatlichen Gebäude ein. Wie Nadine Vogelsang im Interview schreibt, muss der Staat als gutes Vorbild vorangehen und hier seine Hausaufgaben machen. Ebenso ist es an der Zeit, Entscheide bezüglich unserer «Raumentwicklung» zu fällen. Dieses Thema diskutierten wir vor zwei Tagen anlässlich unseres Landesvorstands und werden nun dazu eine Arbeitsgruppe einsetzen. Dies sind zwei Themen, bei welchen meines Erachtens diese Generation entscheidende Meilensteine für die nächste Generation setzen muss. Natürlich gibt es noch weitere Themen, die für unser Land strategisch wichtig sind. So werden wir in den nächsten Monaten in Arbeitsgruppen z. B. auch über die «Bildung der Zukunft» sowie über den «demografischen Wandel/das Leben im Alter» sprechen und Aktionen erarbeiten.



Rainer Gopp  
Parteipräsident

### IMPRESSUM

**Herausgeberin:**  
Fortschrittliche Bürgerpartei

**Redaktion:**  
Rainer Gopp

**Adresse:**  
FBP, Altenbach 8, 9490 Vaduz  
Tel.: +423 237 79 40

**www.fbp.li**  
**E-Mail: info@fbp.li**



## Reduktion der Klassengrössen im Fokus

Kommentar von FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry

**Postulat** Im Jahr 2016 wurden die Klassengrössen anlässlich der Sparmassnahmen des Staates angepasst. Dies geschah somit nicht aus bildungspolitischen, sondern aus rein finanzpolitischen Überlegungen. Die FBP-Fraktion reichte nun ein Postulat ein.



Mit dem Abschlussbericht zur Sanierung des Landeshaushalts zeigte die Regierung dem hohen Landtag im Jahr 2016 die damals notwendigen Anpassungen auf, die allesamt das Ziel verfolgten, den Staatshaushalt wieder ins Lot zu bringen. Diese Einschnitte waren notwendig. Als Sanierungsbeitrag der Schulen wurde bereits 2013 eine Anpassung für die Bildung neuer Parallelklassen vorgenommen. Gemäss damaliger Modellrechnung sollten mit der Erhöhung der Klassengrössen 2 Mio. CHF eingespart werden. Seitdem dürfen zusätzliche Parallelklassen erst gebildet werden, wenn der obere Richtwert der maximalen Klassengrössen überschritten wird. Da-

mals ging die Regierung davon aus, dass dies im Durchschnitt zu einer moderaten Erhöhung der Klassengrössen führen wird. Nach gut 8 Jahren Erfahrung mit diesem System, ist es an der Zeit, das sehr starre Regelwerk zu optimieren. Die FBP-Fraktion stellt sich die Frage, welche Parameter bezüglich Klassengrösse die richtigen

sind, um die bestmögliche Qualität zu erreichen.

**Im Wahlprogramm fixiert**

Bereits im Wahlprogramm der FBP wurde festgehalten, dass man dieses Thema angehen möchte. In Workshops von Fraktion und Präsidium wurde entschieden, dies nun prioritär

anzugehen. Dies auch weil Experten klar feststellen, dass die Klassengrössen ein Parameter für die Qualität des Unterrichts sind.

Aus diesem Grunde haben wir die Regierung mit einem Postulat eingeladen, die bestehenden Grundlagen zur Festlegung der maximalen Klassengrössen zu überarbeiten – dies mit dem Ziel ei-

ner Reduktion. Die Regierung soll den Einfluss von kleineren Klassengrössen auf die Förderung der Integration und Inklusion aufzeigen. Die FBP-Fraktion ist überzeugt, dass gerade bei der Bildung der Parallelklassen, der jeweiligen Schulleitung mehr Spielraum, sprich Entscheidungskompetenz, gegeben werden muss.

**Bildung ist unser einziger Rohstoff**

Die Qualität der Bildung müssen wir meines Erachtens in Liechtenstein stets prioritär im Fokus haben. Eine qualitativ gute Bildung bedingt, dass viele Parameter erfüllt sind. Die Klassengrössen mögen vielleicht nur einer von vielen Punkten sein, welche die Qualität des Unterrichts beeinflussen – es ist aber ein Punkt, der gut beeinflusst werden kann. Wir sind gespannt auf die Vorschläge der Regierung.



Daniel Oehry  
FBP-Fraktionssprecher